

Pressemitteilung Thema: Illegale Rodung Birkenweg

Nein, mit dem Thema Birkenweg-illegale Waldrodung- sind wir Grüne noch nicht fertig! Uns ist wichtig, dass so etwas nicht wieder passiert! Und dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Wir befürchten aber, dass auf die Art, wie unser Quickborner Verwaltungschef an die Sache herangeht, nicht mit einer Lösung zu rechnen ist. Begründet ist unsere Sorge durch sein vehementes Abstreiten jeglicher Mitverantwortung. Warum eigentlich? Fehler passieren. Immer und überall. Man kann aber aus seinen Fehlern lernen und es das nächste Mal besser machen. Darum geht es uns.

Der Bürgermeister befindet sich seit Bekanntwerden dieses illegalen Kahlschlags im Verteidigungsmodus. Das gipfelt in seinem Vorwurf, die Forstbehörde sei für die örtliche Ebene nicht zuverlässig erreichbar. Er führt dies auf eine nur teilweise geltende Anzeigepflicht von Maßnahmen im Bereich des Forstrechts zurück und leitet daraus ab, ein örtlicher Vollzug ohne fachliche Beurteilung durch die untere Forstbehörde sei daher nicht möglich. Spezialfachliche Fragen wie aus dem Forstrecht könnten nicht umfänglich vor Ort bearbeitet und vertreten werden, dafür seien die Fachbehörden zuständig.

Geht es um **spezialfachliche Fragen**, wenn ein Kahlschlag auf dem Nachbarwaldgrundstück stattfindet? **Wir finden: NEIN!**

Es gab diverse empörte Aussagen von besorgten Nachbarn am Birkenweg über Anrufe bei der Stadtverwaltung. Ab Montag vor Silvester dröhnten auf dem 18.000 qm großen Waldstück schwere Maschinen. Eine Anwohnerin hatte in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (ASU) am 18.02.2021 ihr damaliges Entsetzen geschildert und darauf hingewiesen, dass sie bereits am 28.12. vormittags in der Verwaltung anrief und fragte, warum auf dem Gelände am Birkenweg große Mengen Bäume gerodet wurden. Man konnte ihr nicht weiterhelfen. Als sie am Dienstag, den 29.12. vormittags wieder anrief und darauf hinwies, dass es sich nun eindeutig um einen Kahlschlag handele, große Bereiche wären bereits gerodet, erhielt sie die Antwort, da könne man nichts machen, das fiele nicht in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltung....

Aus unserer Sicht war hier bereits Gefahr im Verzug und eine bessere Vorbereitung der Verwaltung auf solch einen Notfall hätte Schlimmeres verhindern können. Eine Möglichkeit ohne viel Aufwand wäre die Herausgabe der Telefonnummer vom Umweltschutztrupp der Kreis-Polizei an die Anwohnerin gewesen – wenn man schon der Auffassung ist, dass man als Verwaltung selbst nichts mit der Sache zu tun hat. Zumindest hat Herr Köppl einen unserer Vorschläge inzwischen umgesetzt und eine Notrufnummer für Umweltdelikte auf der Homepage der Stadt veröffentlichen lassen. Warum diese Nummer nicht an die hilfeschuchende Anwohnerin im Fall Birkenweg weitergegeben wurde? Eine Antwort hat der Bürgermeister darauf nicht gegeben.

Sabine Schaefer-Maniezki, Mitglied der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Ratsfrau in Quickborn sowie stellvertretende Kreistagspräsidentin, sprach zu diesem Thema ausführlich in der Ratsversammlung am 01.03.2021. Ihr Fazit: **Es fehlt in der Verwaltung an einer ausreichenden Organisation!**

Die Ratsversammlung hat auf Antrag der Verwaltung am 01.03.2021 eine Petition an den Schleswig-Holsteinischen Landtag beschlossen in der gefordert wird, dass durch eine ausreichende Personalbemessung und Notfallbereitschaft die unteren Forstbehörden für die Kommunale Ebene umfassend (auch außerhalb der üblichen Bürozeiten) erreichbar sind. Außerdem sollte im Landeswaldgesetz die Anzeigepflicht für Hiebmaßnahmen hin zu einer Genehmigungspflicht geändert werden.

Das ist ein guter Schritt hin zu einem besseren Waldschutz auf Landesebene.

Aber die besten Gesetze bringen nichts, wenn sie nicht auch auf kommunaler Ebene überwacht und umgesetzt werden.

Wir können Herrn Köppl nicht vorschreiben, wie er seine Verwaltung organisiert. Das fällt allein in seinen Aufgabenbereich. Aber es ist unstrittig, dass die Kommunalverwaltung umfassende Ansprechpartnerin und erster Anlaufpunkt für öffentliche Anfragen und Hinweise der Bürgerinnen und Bürger ist. Wir erwarten, dass für die Zukunft gewährleistet wird, dass Anfragen zu Umwelt- und Naturdelikten gewissenhaft nachgegangen wird und dass entsprechende Kontaktdaten für zuständige Behörden wie z. B. der Umweltschutz der Polizei den Anfragenden genannt werden. Bei Gefahr im Verzug erwarten wir aber auch ein hohes Engagement von Seiten der Verwaltung, damit sich auch weiterhin in Gefahrensituationen Bürger und Bürgerinnen vertrauensvoll an **ihr Rathaus** wenden können.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anke Thomsen

Fraktionsmitglied und Vorsitzende Ortsverband Quickborn

03.03.2021